

Finanzpolitische Perspektiven Berlins	103
Lebhafte Konsumnachfrage zum Jahresausklang	112
Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1990	116

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/91

Berlin

14. März 1991

58. Jahrgang

A. E. K.

Finanzpolitische Perspektiven Berlins

Der Berliner Landeshaushalt steht unter einem extremen Anpassungsdruck. Einerseits sind enorme Finanzmittel erforderlich, sollen beide Stadthälften sozialverträglich zusammenwachsen, andererseits besteht die Gefahr, daß große Löcher im Haushalt schon bald jeden finanzpolitischen Handlungsspielraum zunichte machen: Ein Defizit von 5½ Mrd. DM ist in diesem Jahr durchaus realistisch, und die finanziellen Probleme dürften auf mittlere Sicht eher größer werden.

Solche Perspektiven werfen auch die Frage auf, in welchem Umfang finanzielle Mittel vom West- in den Ostteil der Stadt gelenkt werden können. Wie groß das Umschichtungspotential tatsächlich ist, läßt sich kaum exakt beziffern. Tatsache aber ist, daß die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung in Berlin (West) bislang teilweise deutlich über denen vergleichbarer Städte — der Stadtstaaten Hamburg und Bremen — lagen¹. Ein Vergleich der Ausgaben Berlins mit diesen Städten kann Anhaltspunkte für eine mittelfristig anzustrebende Versorgung mit öffentlichen Gütern liefern, auch wenn ein solcher Vergleich nicht immer aussagekräftig ist, weil die öffentlichen Aufgaben zum Teil unterschiedlich geregelt und institutionell verschieden zugeordnet sind.

Die hohen öffentlichen Ausgaben in Berlin (West) waren einmal das Ergebnis des Bemühens, durch ein leistungsfähiges staatliches Infrastrukturangebot die Attraktivität der Stadt zu erhöhen und die Nachteile der geopolitischen Lage auszugleichen. Sie sind aber auch Folge anderer Einflußfaktoren, z. B. der ungünstigeren Sozialstruktur der Bevölkerung.

Im vergangenen Jahr betrugen die öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben in Berlin 13 230 DM, über ein Drittel mehr als in Hamburg und fast 30 vH mehr als in Bremen. Auch die Einnahmen je Einwohner waren in Berlin sehr viel höher, die Steigerungsraten in den 80er Jahren indes — ebenso wie bei den Ausgaben — geringer als in Bremen und Hamburg. Am Ende der 80er Jahre war die Finanzlage Hamburgs und Bremens sehr viel günstiger als zu Beginn des Jahrzehnts; in Hamburg überstiegen 1989 die Einnahmen die Ausgaben. In Berlin dagegen waren die Haushaltsdefizite höher als 1980. Im vergangenen Jahr verschlechterte sich die Finanzlage wieder überall, weil die Steuerreform beträchtliche Mindereinnahmen bescherte.

Nach wie vor weist Berlin jedoch eine vergleichsweise günstige Schuldenposition auf: Ende 1989 war das Land mit 8 100 DM je Einwohner verschuldet, während es in Hamburg über 11 550 DM und in Bremen sogar 20 650 DM waren. Gegenüber 1980 sind die Schulden in Berlin nur um reichlich ein Drittel gestiegen, in Hamburg und Bremen haben sie sich verdoppelt, wobei sich die Zunahme in der zweiten Hälfte der 80er Jahre überall spürbar verlangsamt hat.

Betrachtet man nur die Schulden aus Kreditmarktmitteln, so vergrößert sich der Abstand zwischen Berlin und Hamburg bzw. Bremen noch: In Berlin betrugen diese Schulden 5 174 DM je Einwohner, in Hamburg waren sie doppelt und in Bremen fast viermal so hoch. Berücksichtigt man die Steuerkraft, so relativiert sich die hohe Verschuldung Hamburgs, weil Hamburg mit Abstand über

¹ Die an sich wünschenswerte Einbeziehung weiterer Ballungsräume wie München, Stuttgart oder Frankfurt scheitert daran, daß die Ausgaben, die aus den Landeshaushalten finanziert werden, nicht quantifiziert werden können.

Tabelle 1

Schulden der Länder je Einwohner

	1980			1985			1989		
	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
	in DM								
Fundierte Schulden insgesamt	5582	8893	6521	9648	15936	8005	11414	20385	7941
Schulden aus Kreditmarktmitteln	4840	8382	3335	8823	15239	4658	10585	19813	5072
Schulden bei Verwaltungen	450	392	2993	554	598	3168	635	499	2718
	Veränderungen in vH								
	1989/80			1989/85			1985/80		
Fundierte Schulden insgesamt	104,5	129,2	21,8	18,3	27,9	-0,8	72,8	79,2	22,8
Schulden aus Kreditmarktmitteln	118,7	136,4	52,1	20,0	30,0	8,9	82,3	81,8	39,7
Schulden bei Verwaltungen	41,3	27,2	-9,2	14,6	-16,6	-14,2	23,2	52,5	5,8
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.									

die höchsten Steuereinnahmen je Einwohner verfügt. Die Position Berlins verschlechtert sich dagegen; katastrophal ist die Lage in Bremen.

Im Vergleich zu Hamburg und Bremen ist Berlin sehr viel stärker beim Bund verschuldet; diese Kredite sind mit einer langen Laufzeit und niedrigen Zinsen ausgestattet und wurden zum Wiederaufbau der Stadt eingesetzt. Finanzwirtschaftlich sind sie von geringer Bedeutung, da sie für den Landeshaushalt nur durchlaufende Posten sind; den Schuldendienstverpflichtungen der Landeskasse stehen die Rückflüsse aus den mit ihrer Hilfe finanzierten Darlehen gegenüber.

Strukturelle Unterschiede bei Einnahmen...

Der Berliner Haushalt weist eine völlig andere Struktur der Einnahmen auf als die Haushalte von Hamburg und Bremen. Ein großer Teil des Berliner Finanzbedarfs wurde bisher durch die Finanzhilfen des Bundes gedeckt (§ 16 Drittes Überleitungsgesetz); Berlin nahm dafür nicht am Finanzausgleich der übrigen Bundesländer teil. Neben diesen Hilfen flossen Leistungen aus dem Bundeshaushalt in die Stadt, wie sie auch jedes andere Bundesland erhält. Hierbei handelt es sich z.B. um die Kriegsfolge- und Besatzungskosten, um Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, um Zuschüsse zur Sozialversicherung oder Finanzhilfen nach Art. 104a Abs. 4 GG. Andere Leistungen des Bundes für Berlin (Transitpauschale, Subventionierung des Luftreiseverkehrs u. a.) berührten den Landeshaushalt nicht.

Der Bundeszuschuß ist mit Abstand die wichtigste Finanzquelle des Berliner Haushalts, er stieg von 9 Mrd. DM im Jahre 1980 auf 13 Mrd. DM im Jahre 1990; das ist je Einwohner ein Anstieg um 30 vH, von 4 760 DM auf 6 150 DM. Sein Anteil an den Gesamteinnahmen ist

allerdings leicht — auf 50 vH — zurückgegangen. Die Steigerungsrate des Zuschusses entsprach etwa dem Zuwachs der gesamten Bundesaussgaben.

Dieser Zuschuß hatte in der Vergangenheit die Funktion, die strukturelle und die präferenzbedingte Steuerschwäche des Berliner Haushalts auszugleichen. Erstere war vor allem Folge der geopolitischen Lage und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Stadt; die präferenzbedingte Schwäche hingegen resultierte aus den Steuerverzichten im Zusammenhang mit der Berlinförderung. Die übrigen Zuweisungen aus Bonn machten rund 10 vH des Haushaltsvolumens aus. Je Einwohner gerechnet war der Betrag 1990 mit 1 270 DM größer als in Hamburg (950 DM), aber sehr viel kleiner als in Bremen (4 635 DM), das erhebliche Mittel vom Bund in Form von Ergänzungszuweisungen u.ä. sowie von den Ländern — im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs — erhielt. Die Verdoppelung dieser Mittel für Bremen im Jahre 1990 war Folge des Strukturhilfeprogramms, von dem Bremen in besonderem Maße begünstigt wird.

Die in Berlin verbleibenden Steuereinnahmen, d.h. die Einnahmen nach der Steuerverteilung, beliefen sich 1990 auf knapp 6,2 Mrd. DM, das waren 2 900 DM je Einwohner. Der Hamburger Landeshaushalt wies pro Kopf doppelt so hohe Steuereinnahmen auf, und auch in Bremen waren sie um die Hälfte höher.

In den 80er Jahren hat Berlin bei den Steuereinnahmen gegenüber Bremen aufgeholt und sich etwa parallel zu Hamburg entwickelt. Dies ist auf die gestiegene Realsteuereinkraft und auch darauf zurückzuführen, daß die Stadt aufgrund ihrer Insellage im Gegensatz zu Hamburg und Bremen keine einkommensstarken Einwohner und Unternehmen an das Umland verlor. Für die regionale Verteilung des Länder- und Gemeindenanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gilt grundsätzlich

Tabelle 2

Ausgaben und Einnahmen der Stadtstaaten nach Arten

	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
	1980			1985			1989 ¹⁾			1990 ¹⁾		
	DM je Einwohner											
Personalausgaben	3197	3092	4118	3942	3693	4844	4211	4005	4820	4426	4236	5034
Laufender Sachaufwand	1218	1134	1770	1252	1377	2467	1486	1590	2598	1599	1677	2736
Zinsausgaben	360	569	236	694	1146	348	756	1300	307	785	1345	379
Lfd. Zuschüsse an andere Bereiche	568	760	1342	1136	1044	1634	1473	1223	1967	1759	1397	2215
dar. Renten, Unter- stützungen u.ä.	376	491	558	803	803	624	1135	894	939	1235	946	975
Sachinvestitionen	649	984	758	768	505	788	579	949	789	719	972	859
Vermögensübertragungen	164	172	235	164	173	454	185	353	482	178	389	518
Darlehen	36	160	487	78	270	609	80	163	494	84	140	437
Sonstige Ausgaben	450	291	584	456	159	769	224	157	915	263	172	1050
Bereinigte Ausgaben	6642	7162	9530	8491	8366	11914	8993	9740	12373	9815	10328	13228
Steuern u. steuerähnliche Abgaben	4257	3433	2097	5502	4025	2889	5943	4383	2877	5903	4404	2904
Gebühren	911	768	826	1284	1112	1146	1443	1339	1163	1583	1400	1309
Bundeszuschuß	—	—	4762	—	—	6000	—	—	5867	—	—	6149
Sonst. Einnahmen v. öffentl. Bereich	544	848	985	636	1341	1168	809	2227	1223	951	4636	1271
Übrige Einnahmen	503	660	412	630	668	579	1028	935	724	518	—1440	559
Bereinigte Einnahmen	6215	5709	9081	8052	7147	11783	9222	8884	11853	8955	9000	12191
Saldo	—426	—1453	—449	—439	—1220	—131	229	—856	—519	—860	—1329	—1037
	Veränderungen in vH 1990/80											
	Anteile in vH											
Personalausgaben	48,1	43,2	43,2	46,4	44,1	40,7	46,8	41,1	39,0	45,1	41,0	38,1
Laufender Sachaufwand	18,3	15,8	18,6	14,7	16,5	20,7	16,5	16,3	21,0	16,3	16,2	20,7
Zinsausgaben	5,4	7,9	2,5	8,2	13,7	2,9	8,4	13,3	2,5	8,0	13,0	2,9
Lfd. Zuschüsse an andere Bereiche	8,6	10,6	14,1	13,4	12,5	13,7	16,4	12,6	15,9	17,9	13,5	16,7
dar. Renten, Unter- stützungen u.ä.	5,7	6,9	5,9	9,5	9,6	5,2	12,6	9,2	7,6	12,6	9,2	7,4
Sachinvestitionen	9,8	13,7	8,0	9,0	6,0	6,6	6,4	9,7	6,4	7,3	9,4	6,5
Vermögensübertragungen	2,5	2,4	2,5	1,9	2,1	3,8	2,1	3,6	3,9	1,8	3,8	3,9
Darlehen	0,5	2,2	5,1	0,9	3,2	5,1	0,9	1,7	4,0	0,9	1,4	3,3
Sonstige Ausgaben	6,8	4,1	6,1	5,4	1,9	6,5	2,5	1,6	7,4	2,7	1,7	7,9
Bereinigte Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Steuern u. steuerähnliche Abgaben	68,5	60,1	23,1	68,3	56,3	24,5	64,4	49,3	24,3	65,9	48,9	23,8
Gebühren	14,7	13,5	9,1	15,9	15,6	9,7	15,6	15,1	9,8	17,7	15,6	10,7
Bundeszuschuß	—	—	52,4	—	—	50,9	—	—	49,5	—	—	50,4
Sonst. Einnahmen v. öffentl. Bereich	8,8	14,8	10,8	7,9	18,8	9,9	8,8	25,1	10,3	10,6	51,5	10,4
Übrige Einnahmen	8,1	11,6	4,5	7,8	9,4	4,9	11,1	10,5	6,1	5,8	—16,0	4,6
Bereinigte Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Schätzungen nach Teilergebnissen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

das Prinzip des örtlichen Aufkommens, d. h. die Steuern werden dorthin abgeführt, wo der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat bzw. die Betriebsstätte angesiedelt ist. Die Steuerzerlegung spielt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs eine zentrale Rolle, denn in dem Umfang, in dem damit Steuerkraftunterschiede verringert werden, reduzieren sich die Ansprüche der finanzschwachen Länder. Durch die Zerlegung verlieren Hamburg und Bremen er-

hebliche Mittel, in Hamburg sind es je Einwohner etwa 1 200 DM, in Bremen 300 DM². Dennoch waren die Einnahmen dieser beiden Stadtstaaten aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer weit höher als in Berlin.

² Vgl. Regionales Gefälle in der öffentlichen Finanzkraft verlangt nach umfassenden Lösungen. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/89.

Tabelle 3

Aufkommen ausgewählter Steuern
DM je Einwohner

	1980	1985	1989
Einkommen- und Körperschaftsteueranteil			
Hamburg	2413	3221	3479
Bremen	1887	2204	2462
Berlin (West)	967	1455	1311
Umsatzsteueranteil			
Hamburg	488	584	677
Bremen	489	584	706
Berlin (West)	493	621	738
Grund- und Gewerbesteuer			
Hamburg	656	721	734
Bremen	472	501	509
Berlin (West)	377	505	547
<i>Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.</i>			

Bei der Umsatzsteuer werden drei Viertel des Länderanteils nach der Einwohnerzahl verteilt; vom Rest erhalten die finanzschwachen Länder Zuweisungen, bis sie 92 vH der durchschnittlichen Steuerkraft aller Länder erreichen. Der Anteil Berlins ist höher als der von Bremen und Hamburg. Vergleichsweise niedrig ist hingegen das Berliner Aufkommen an Gewerbe- und Grundsteuer. In erster Linie sind die Differenzen auf die unterschiedlich hohen Hebesätze zurückzuführen — in Hamburg und Bremen betragen sie 415 Prozent, in Berlin nur 200 Prozent. In den 80er Jahren ist die Realsteuerkraft Berlins überdurchschnittlich gestiegen.

... und Ausgaben

In Berlin hat sich der Anteil der Personalausgaben in den 80er Jahren deutlich verringert und ist inzwischen niedriger als in Hamburg und Bremen. Dennoch lagen auch 1990 die Personalausgaben (Aktivitäts- und Versorgungsbezüge) in Berlin je Einwohner weit über dem Niveau der beiden anderen Stadtstaaten. Noch größer sind die Unterschiede bei den laufenden Sachaufwendungen. Dies hängt vor allem mit den hohen Unterhaltskosten für unbewegliches Vermögen und damit zusammen, daß die Aufwendungen für die Sozial- und die Jugendhilfe in Berlin sehr hoch sind.

Wegen der relativ geringen Verschuldung Berlins spielen die Zinsausgaben nur eine untergeordnete Rolle. In Hamburg machen sie immerhin 8 vH und in Bremen inzwischen sogar 13 vH aller Ausgaben aus. Die Sachinvestitionen sind anteilig überall zurückgegangen — die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den 80er Jahren

hat hier ihren Niederschlag gefunden. Bezogen auf die Einwohnerzahl errechnet sich für Berlin der höchste Zuwachs, im Niveau liegt Berlin in der Mitte.

Auch die Transferzahlungen — sowohl die laufenden als auch die Vermögensübertragungen — sind pro Kopf gerechnet in Berlin am höchsten. Dies ist aber nicht etwa auf „zu hohe“ Sozialleistungen (Sozialhilfe) zurückzuführen: Hier weist Hamburg ein um ein Drittel höheres Niveau als Berlin und Bremen auf; auch sind die Leistungen dort sehr viel schneller expandiert. Eine gewichtige Position bilden in Berlin vielmehr die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen; ihr Volumen je Einwohner ist mehr als doppelt so hoch wie in Hamburg und dreimal so groß wie in Bremen.

Vergleicht man die Pro-Kopf-Ausgaben nach Aufgabenbereichen, so liegt Berlin fast in allen Fällen an der Spitze. Groß sind die Unterschiede insbesondere in den Bereichen Hochschulen, Polizei, soziale Sicherung und Wohnungswesen, aber auch im kulturellen Sektor und bei den Erholungseinrichtungen. Nur für Schulen und die kommunalen Gemeinschaftsdienste wird, auf die Zahl der Einwohner bezogen, weniger als in Hamburg und in Bremen ausgegeben. Die Unterschiede im Bereich der kommunalen Gemeinschaftsdienste sind darauf zurückzuführen, daß diese Aufgaben verschieden abgegrenzt sind, zum Teil auch von öffentlichen Unternehmen wahrgenommen werden.

Setzt man die Zahl der staatlich Bediensteten in Relation zur Einwohnerzahl, so zeigt schon dieser Bezug, daß die Differenz der Personalausgaben vor allem in unterschiedlichen Versorgungsniveaus begründet liegt: Während in Berlin je 1000 Einwohner 67 Beschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst tätig waren, kamen in Hamburg 58 und in Bremen 57 Beschäftigte auf 1000 Einwohner, also immerhin ein Siebentel weniger. Unter Ein-schluß der kaufmännisch buchenden Krankenhäuser lauten die Relationen 82:71:69.

Allerdings ist die Einwohnerzahl als Orientierungspunkt nicht immer aussagekräftig; vielmehr müssen Kennziffern herangezogen werden, die den spezifischen Bedarf genauer beschreiben. Im schulischen Bereich bietet sich die Zahl der von Lehrern erteilten Wochenstunden je Schüler an. Ein solcher Vergleich zeigt, daß für Berlin (West) zumindest kein Nachholbedarf besteht. In der vorschulischen Erziehung sowie an den Grund- und Hauptschulen wird in Berlin mehr Unterricht angeboten; ebenso an den beruflichen Schulen. Im Hochschulbereich entspricht der Personalschlüssel, bezogen auf die Zahl der Studenten, dem Hamburgs; die Ausstattung der Bremer Universität ist etwas ungünstiger. Legt man dagegen die Zahl der Einwohner zugrunde, so weist Berlin etwa doppelt so hohe Werte auf wie die beiden Vergleichsstädte — ein Zeichen dafür, daß die Stadt in erheblichem Umfang Ausbildungsleistungen für das übrige Bundesgebiet erbringt.

Tabelle 4

Ausgaben der Stadtstaaten nach Aufgabenbereichen

	Hambg.	Bremen	Berlin (West)	Hambg.	Bremen	Berlin (West)	Hambg.	Bremen	Berlin (West)	Hambg.	Bremen	Berlin (West)	Hambg.	Bremen	Berlin (West)
	1980			1985			1988			Anteile 1988 in vH			Veränderung 1988/80 in vH		
	DM je Einwohner														
Bruttoausgaben															
Politische Führung und zentrale Verwaltung	403	489	647	473	559	717	517	636	740	5,7	6,7	6,1	28,3	30,1	14,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	397	372	567	468	388	670	485	417	675	5,4	4,4	5,5	22,1	12,1	19,0
dar. Polizei	279	241	489	325	262	562	340	279	528	3,8	2,9	4,3	21,8	16,1	8,2
Schulen und Vorschulen	799	1030	815	920	1005	911	904	1014	899	10,0	10,7	7,4	13,1	-1,6	10,4
Hochschulen	342	262	725	742	283	1156	853	400	1379	9,4	4,2	11,3	149,8	52,9	90,3
Wissenschaft außerh. Hochschulen	60	62	77	82	70	112	79	54	97	0,9	0,6	0,8	32,2	-12,6	24,8
Kultur	94	99	155	129	111	228	140	140	286	1,6	1,5	2,3	49,3	42,5	84,6
Soziale Sicherung	941	969	1788	1444	1373	2222	1823	1644	2387	20,2	17,3	19,5	93,6	69,6	33,5
Gesundheit ¹⁾	145	164	269	793	1080	1390	782	970	991	8,7	10,2	8,1	.	.	.
Sport und Erholung	71	100	179	82	68	257	75	88	246	0,8	0,9	2,0	5,6	-12,2	37,6
Kommunale Gemeinschaftsdienste	392	333	210	460	409	283	380	455	211	4,2	4,8	1,7	-3,0	36,7	0,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	396	229	235	423	203	426	430	222	360	4,8	2,3	2,9	8,6	-3,0	53,1
Sonstige	1992	2511	3151	2652	3132	3945	2569	3456	3945	28,4	36,4	32,3	29,0 ²⁾	37,6 ²⁾	25,2 ²⁾
Insgesamt	6032	6619	8818	8669	8682	12320	9038	9496	12216	100,0	100,0	100,0	40,2	32,1	31,3
Personalausgaben															
Politische Führung und zentrale Verwaltung	315	403	491	356	471	579	389	517	588	9,2	12,9	12,2	23,6	28,2	19,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	321	289	484	379	335	557	402	355	562	9,6	8,8	11,6	25,3	22,7	16,0
dar. Polizei	236	203	419	277	235	478	293	249	452	7,0	6,2	9,4	24,0	22,7	7,8
Schulen und Vorschulen	591	735	565	691	836	663	712	881	659	16,9	21,9	13,7	20,5	19,9	16,8
Hochschulen	161	174	352	386	205	610	433	237	689	10,3	5,9	14,3	169,6	36,1	96,0
Wissenschaft außerh. Hochschulen	21	15	17	25	18	17	26	12	15	0,6	0,3	0,3	20,3	-19,8	-11,3
Kultur	15	36	58	18	42	82	21	45	86	0,5	1,1	1,8	39,0	25,4	47,7
Soziale Sicherung	252	188	380	377	249	499	355	287	501	8,4	7,1	10,4	40,7	52,4	32,0
Gesundheit ¹⁾	52	34	61	418	461	567	470	551	481	11,2	13,7	10,0	.	.	.
Sport und Erholung	26	16	79	27	18	94	24	18	94	0,6	0,5	1,9	-6,2	13,5	18,3
Kommunale Gemeinschaftsdienste	131	137	26	153	150	29	173	156	27	4,1	3,9	0,6	32,7	13,5	1,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	115	41	45	122	47	44	124	44	40	2,9	1,1	0,8	7,7	7,0	-12,3
Sonstige	775	662	936	989	861	1103	1082	914	1083	25,7	22,8	22,4	39,6 ²⁾	38,0 ²⁾	15,7 ²⁾
Insgesamt	2775	2731	3495	3942	3693	4844	4210	4017	4825	100,0	100,0	100,0	37,3	28,5	26,5

1) 1980 ohne, 1985 und 1988 mit kaufmännisch buchenden Krankenhäusern. — 2) Zuwachsraten jeweils ohne Gesundheit.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

¹⁾ 1980 ohne, 1985 und 1988 mit kaufmännisch buchenden Krankenhäusern. — ²⁾ Zuwachsraten jeweils ohne Gesundheit.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Für die Tätigkeit der Polizei ist es schwierig, einen spezifischen Maßstab zu finden, ein vielfach verwendetes Kriterium ist die Polizeidichte: In Berlin ist sie mit 10 Polizisten auf 1 000 Einwohner etwa doppelt so hoch wie in den beiden anderen Stadtstaaten; diese Diskrepanz wurde immer mit dem besonderen Status der Stadt begründet. In der Verwaltung (einschließlich politischer Führung)

weist Berlin die größte Personalstärke auf, wenn auch die Unterschiede nicht so kraß sind wie bei der Polizei. Die Differenzen im Bereich Sport und Erholung (Park- und Gartenanlagen), wo Berlin viel besser ausgestattet ist, hängen damit zusammen, daß Naherholungsgebiete außerhalb der Stadt über Jahrzehnte nicht zur Verfügung standen.

Tabelle 5

Personal der Stadtstaaten nach Aufgabenbereichen 1989

	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	je 1000 Einwohner		
				Hamburg	Bremen	Berlin (West)
Verwaltung	94727	38331	142928	58,2	56,9	67,1
Politische Führung u. zentr. Verwaltung	13943	6896	24061	8,6	10,2	11,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	13847	5058	25486	8,5	7,5	12,0
dar. Polizei	9444	3489	20427	5,8	5,2	9,6
Rechtsschutz	6404	2203	9665	3,9	3,3	4,5
Schulen und vorschulische Bildung	22081	11405	25311	13,6	16,9	11,9
Hochschulen	7574	2560	18066	4,7	3,8	8,5
Soziale Sicherung	14031	3463	21634	8,6	5,1	10,2
Gesundheit	1394	510	3155	0,9	0,8	1,5
Sport und Erholung	1057	331	6481	0,6	0,5	3,0
Kommunale Gemeinschaftsdienste	5254	2302	1399	3,2	3,4	0,7
Sonstige	9142	3603	7670	5,6	5,3	3,6
Rechtlich unselbständ. Wirtschaftsunternehmen	209	—	29426	0,1	—	13,8
Krankenhäuser	20877	8247	30801	12,8	12,2	14,5
Insgesamt	115813	46578	203155	71,2	69,1	95,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Tabelle 6

Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler 1989

	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
Allgemeinbildende Schulen			
Vorklassen	0,96	1,08	1,42
Grundschulen	1,22	1,30	1,30
Hauptschulen	1,61	2,08	2,40
Orientierungsstufe	1,49	1,73	1,63
Realschulen	1,63	1,64	1,62
Gymnasien	1,60	2,07	1,69
Gesamtschulen	1,94	2,22	1,87
Berufliche Schulen ¹⁾			
Vollzeitform	1,83	1,70	2,17
Teilzeitform	0,58	0,54	0,63

¹⁾ Stand 1988.
Quellen: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Berechnungen des DIW.

Tabelle 7

Personal an den Hochschulen der Stadtstaaten
Studenten je Stelle Wintersemester 1988

	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
Wissenschaftler hauptberuflich	12,7	13,6	13,1
nebenberuflich	24,5	37,2	19,0
Verwaltungspersonal	6,8	14,0	6,9

Quellen: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Berechnungen des DIW.

Ein Vergleich der personellen Ausstattung in Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe ist schon von der Datenlage her schwierig. Hinzu kommt, daß der Anteil der unmittelbar von der öffentlichen Hand getragenen Einrichtungen in den Stadtstaaten verschieden ist. Gemessen an der Aufnahmekapazität ist die Versorgung in Berlin besser als die in Hamburg und Bremen (Stichjahr 1986); damit ist freilich noch nichts darüber gesagt, in welchem Umfang der Bedarf auch gedeckt ist (z. B. ist in Berlin der Anteil der Alleinerziehenden besonders hoch).

	Kindergartenplätze je 1000 Kinder	Hortplätze je 1000 Grundschüler
Hamburg	539	196
Bremen	793	28
Berlin	636	285

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.

Bei den kommunalen Gemeinschaftsdiensten weist Berlin niedrigere Werte auf, doch ist dies allein Folge unterschiedlicher Zuordnung; z. B. wird die Müllabfuhr — anders als in Hamburg und Bremen — bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen erfaßt, die demzufolge in Berlin eine viel größere Bedeutung haben.

Ein Vergleich der öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken zeigt, daß in Berlin je Einwohner mehr Personal beschäftigt wird als in Hamburg und Bremen. Allerdings ist auch hier der Bezug zur Einwohnerzahl nur bedingt aussagekräftig, zumal in Berlin die Altersstruktur viel ungünstiger ist. Eine differenzierte Analyse muß auch die Struktur der Krankenhäuser bzw. des Bettenangebotes, z. B. in Form einer „fachrichtungsbezogenen Verweildauer“, berücksichtigen. So ist etwa die Fachrichtung

Inneres, in der eine lange Verweildauer üblich ist, in Berliner Krankenhäusern anteilig stark vertreten³.

Die relativ hohen öffentlichen Ausgaben in Berlin (West) deuten auf eine — gemessen an Hamburg und Bremen — recht günstige Versorgung mit öffentlichen Gütern hin. Der Ausbau von öffentlichen Leistungen wurde in der Vergangenheit vorangetrieben, um einen Attraktivitätsvorsprung der Stadt zu erreichen, der die geopolitischen Standortnachteile Berlins ausgleichen sollte. In der funktionalen Betrachtung wird deutlich, daß nur in wenigen Bereichen — bei der Polizei und in der zentralen staatlichen Verwaltung — mehr Personal als in den Vergleichsstädten beschäftigt ist. In den anderen Bereichen verweisen sich die Unterschiede, wenn man spezifische Bedarfsfaktoren zugrunde legt.

Der Finanzbedarf im Ostteil der Stadt

Eine Schätzung der auf den Ostteil der Stadt entfallenden Einnahmen und Ausgaben des jetzt zu erstellenden gemeinsamen Landeshaushalts ist naturgemäß mit sehr großen Unsicherheiten behaftet, weil die staatlichen Institutionen und Aufgaben einem radikalen Wandel unterworfen sind und die Auswirkungen der schweren Anpassungskrise auf den Haushalt nur grob geschätzt werden können.

Die Steuereinnahmen sind 1991 mit 1 350 DM je Einwohner, also insgesamt rund 1,7 Mrd. DM, zu veranschlagen: Der überwiegende Teil sind Verbrauchsteuern, die aber in die Bundeskasse fließen. In der Rechnung ist schon der volle Anteil Ost-Berlins an der Umsatzsteuer — wie am 28. 2. 1991 beschlossen — berücksichtigt. Von großer Bedeutung sind die Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“, die 1991 mit knapp 2 200 DM je Einwohner, insgesamt also mit 2,7 Mrd. DM, zu Buche schlagen. Durch den Verzicht des Bundes auf seinen Fondsanteil werden knapp 400 Mill. zusätzlich in den Ostteil der Stadt fließen.

Die Gebühren dürften erst allmählich das Gewicht bekommen, das sie im Westteil der Stadt haben. Mit maximal 800 Mill. DM (600 DM je Einwohner) sind die Einnahmen aus Mitteln des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a und b (z. B. Bau von Hochschulen, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) und der Finanzhilfen nach Art. 104a, Abs. 3 und 4 (z. B. Städtebauförderung, Krankenhausfinanzierung, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Ausbildungsförderung) anzusetzen. Nicht enthalten sind darin jene Mittel, die der Bund für die Finanzierung von Kultureinrichtungen im Ostteil der Stadt, zu der er sich im Einigungsvertrag verpflichtet hat, aufbringen will. Berücksichtigt ist indes die Strukturhilfe der EG, aus deren Topf 1991 knapp 200 Mill. DM nach Ost-Berlin fließen dürften. Alles in allem kann im Ostteil 1991 mit Einnahmen von 4 750 DM je Einwohner, also noch nicht einmal 40 vH der Ein-

nahmen im Westteil der Stadt, gerechnet werden. Dies wären insgesamt 6 Mrd. DM.

Der Finanzbedarf für den Ostteil der Stadt hängt in erster Linie ab von dem Umfang der Personalstellen und ihrer Ausstattung mit Sachmitteln, von dem Investitionsbedarf sowie — und vor allem — von den Subventionen, die in den Bereichen Wohnen, Energie und Verkehr wohl gewährt werden müssen.

Bislang waren an den Ost-Berliner Schulen die Schüler-Lehrer-Relationen günstiger als im Westteil der Stadt. Die Werte für 1989 lauteten 12,5:13,7. Bei gleicher Ausstattung wie in West-Berlin wären über 11 000 Vollzeitstellen erforderlich, 1 000 weniger als bisher. Orientierte man sich an Bremen und Hamburg, so müßten insgesamt 2 000 bis 3 000 Stellen, also mindestens ein Fünftel des Bestandes, wegfallen. Insgesamt errechnen sich dann für den Bereich „Allgemeinbildende Schulen“ in Ost-Berlin rund 10 000 Stellen, für die beruflichen Schulen wären 2 000 Stellen zu veranschlagen. Hinzu kommen noch die Stellen für Erzieher in Kindertagesstätten. Deren „Bedarf“ zu analysieren ist schwierig: Wegen der stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen in der ehemaligen DDR hatte auch die Vorschulerziehung einen viel höheren Stellenwert. 1989 waren im Ostteil fast 6 000 Erzieher beschäftigt, auf einen Erzieher kamen im Durchschnitt 11 betreute Kinder. Orientiert sich die Stellenausstattung an „westlichen“ Normen, müßten in erheblichem Umfang Stellen abgebaut werden. Hier wurde angenommen, daß 5 000 Erzieher weiterbeschäftigt werden.

Auch an den Hochschulen war die Personalausstattung in Ost-Berlin günstiger als im Westteil der Stadt. Werden „westliche“ Relationen unterstellt, so müßte die Zahl der Stellen an den Hochschulen auf etwa ein Drittel des ehemaligen Bestandes schrumpfen. Für die Ost-Berliner Hochschulen errechnet sich überschlägig ein Bedarf von jeweils 4 000 wissenschaftlichen und Verwaltungsstellen. Unter Einschluß sonstiger Forschungseinrichtungen könnten im Ost-Berliner Wissenschaftssektor — Maßstäbe wie im Westen unterstellt — also höchstens 10 000 Stellen besetzt werden. Im kulturellen Bereich — soweit er vom Landeshaushalt und nicht vom Bund finanziert wird — könnten 2 000 Stellen übernommen werden. Für den gesamten Bildungs-, Wissenschafts- und Kultursektor wären somit etwa 30 000 Stellen zu veranschlagen.

Für die übrigen Aufgabenfelder wurde die Zahl der Einwohner als Maßstab zugrunde gelegt. Gemessen am Durchschnitt der Stadtstaaten ergeben sich folgende Größenordnungen:

³ Vgl. Kornelia Hagen: Soziale Infrastruktur in Berlin (West). Gutachten des DIW im Auftrage des Senators für Finanzen, Berlin. Berlin 1987.

Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 000
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	13 000
Rechtsschutz	5 000
Soziale Sicherung	11 000
Sport und Erholung	1 000
Sonstige	7 000
<i>Stellen insgesamt</i>	<i>50 000</i>

Zusammen mit dem Bildungs- und Wissenschaftssektor errechnet sich ein Bedarf von etwa 80 000 Voll- und Teilzeitstellen⁴. Wie bereits erwähnt, orientiert sich diese Rechnung an den Versorgungsstandards der Stadtstaaten, sie hat also nur modellhaften Charakter. Hierbei sind die öffentlichen Unternehmen und Krankenhäuser nicht berücksichtigt. In den Krankenhäusern Ost-Berlins könnten 17 000 Stellen besetzt werden, wenn das Versorgungsniveau der Stadtstaaten und gleiche Strukturen des Gesundheitswesens zugrunde gelegt werden.

Unterstellt man, daß 1991 die Einkommen im Ostteil durchschnittlich die Hälfte der im Westteil gezahlten Einkommen im öffentlichen Dienst ausmachen — dies wären 32 000 DM je Beschäftigten —, ergibt sich für die Personalausgaben ohne Krankenhäuser eine Summe von 2,6 Mrd. DM (mit Krankenhäuser 3,1 Mrd. DM). Der laufende Sachaufwand wäre mit mindestens 2,2 Mrd. DM anzusetzen. Eine Quantifizierung des Investitionsvolumens ist schwierig. Legte man West-Berliner Maßstäbe bzw. die in Hamburg und Bremen realisierten Größenordnungen zugrunde, dann wären etwa 850 DM je Einwohner, also 1,1 Mrd. DM, zu veranschlagen. Angesichts der schwierigen finanziellen Verhältnisse ist dies wohl eher ein optimistischer Wert, denn bei leeren Kassen setzt der Rotstift — dies lehrt die Erfahrung — immer bei den Investitionsausgaben an. Aus bedarfsorientierter Sicht stellt der Betrag indes die Untergrenze dar.

Auch die Höhe des Subventionsvolumens läßt sich nur sehr grob abschätzen. Gemäß Einigungsvertrag sind die Kommunen für die Wohnungspolitik zuständig. Die Lücke zwischen Mieterträgen und tatsächlichem Aufwand ist gewaltig, und selbst kräftige Mietanhebungen dürften in Anbetracht des hohen Instandsetzungsbedarfs das Subventionsvolumen nicht wesentlich mindern. Auch im Energie- und Verkehrssektor ist zunächst noch mit hohen Subventionen zu rechnen. Insgesamt wird der Subventionsbedarf in Ost-Berlin auf mindestens 3,5 Mrd. DM geschätzt, das wären 2 700 DM je Einwohner. Davon entfällt fast die Hälfte auf den Wohnungsbau, wobei noch keine Mittel für den Neubau berücksichtigt sind. Im West-Berliner Haushalt wurden hierfür zuletzt netto, d.h. nach Abzug der Einnahmen (Darlehensrückflüsse u. ä.), 1,6 Mrd. DM ausgegeben⁵. Für Ost-Berlin werden in dieser Rechnung 1 Mrd. DM veranschlagt. Für Transferzahlungen an private Haushalte sind zunächst noch spürbar weniger Mittel notwendig als im Westen, vor allem deshalb, weil Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld in der Regel die Grenzen für den Bezug von Sozialhilfe noch übersteigen;

in dieser Rechnung ist ein Betrag von 500 Mill. DM für diese Transferzahlungen berücksichtigt.

Schlußfolgerungen

Nimmt man alle Ausgaben zusammen, so errechnet sich für den Ostteil der Stadt im Jahre 1991 unter eher vorsichtigen Annahmen ein Bedarf von 11 Mrd. DM (ohne Krankenhäuser). Dem stehen Einnahmen von 6 Mrd. DM gegenüber. Für den Westteil der Stadt wird das Minus auf 1,4 Mrd. DM geschätzt, so daß insgesamt — folgt man den Annahmen dieser Projektion — mit einem Fehlbetrag von 6½ Mrd. DM zu rechnen ist. Im Bundeshaushalt 1991 soll die Berlinhilfe gegenüber dem bisher allein für West-Berlin gewährten Betrag um 1 Mrd. DM aufgestockt werden. Aber auch dann fehlen im Berliner Haushalt noch 5½ Mrd. DM.

Der geplante Abbau der Berlinförderung wird dem Landeshaushalt 1991 zusätzliche Einnahmen von über 200 Mill. DM bescheren. Grundsätzlich treten zwei — gegenläufige — Effekte ein: Die Verringerung der Steuerpräferenzen erhöht die Steuereinnahmen Berlins; dem stehen nicht quantifizierbare Mindereinnahmen gegenüber, denn vom Abbau der Förderung gehen restriktive Einflüsse auf die Wirtschafts- und die Steuerkraft der Region aus.

Werden die Steuern wie geplant im Sommer erhöht, so sind aufs Jahr gerechnet Mehreinnahmen von höchstens 300 Mill. DM zu erwarten. Auch hier ist ein gegenläufiger Effekt wahrscheinlich, denn höhere Steuern dämpfen — für sich genommen — Nachfrage, Produktion und Einkommen. In dem Maße, wie die abgeschöpften Mittel nicht in der Region wieder verausgabt werden, kommt es zu einem endgültigen Verlust an Kaufkraft. Die besondere Problematik für Berlin ergibt sich aus der konzentrierten Wirkung der verschiedenen Maßnahmen: Der geplante Abbau der Vergünstigungen des Berlin-Förderungsgesetzes, gepaart mit kräftigen Abgabenerhöhungen — direkte und indirekte Steuern, Sozialabgaben, Schadstoffabgabe —, schmälert die Kaufkraft. Natürlich darf nicht außer acht bleiben, daß die West-Berliner Wirtschaft in besonderer Weise von den veränderten politischen Rahmenbedingungen profitiert hat und wohl auch weiter profitieren wird.

Für die aktuelle Berliner Finanzpolitik sind darüber hinaus zwei Fragen von zentraler Bedeutung:

- Welche ökonomischen Konsequenzen hat das hohe Defizit im Landeshaushalt?

⁴ Es wird der gleiche „Stellenmix“ wie im Durchschnitt der Stadtstaaten unterstellt: 80 vH Vollzeit- und 20 vH Teilzeitstellen.

⁵ Die Beträge in Hamburg und Bremen sind sehr viel niedriger und eignen sich aufgrund institutioneller Besonderheiten nicht als Vergleichsmaßstab.

- Welche mittelfristigen Perspektiven ergeben sich für die Finanzpolitik?

Beide Fragen sind miteinander verknüpft, denn für die ökonomische Beurteilung des Haushaltsdefizits und seiner Finanzierung ist die künftige Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen bedeutsam.

Grundsätzlich sollten hohe Defizite nur vorübergehender Natur sein. Die Hinnahme von Defiziten stabilisiert zwar kurzfristig die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die Früchte dieser Politik kommen dem Land aber nur bedingt zugute: Höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge fließen zum großen Teil in andere öffentliche Kassen, während der Landeshaushalt die Zinslasten tragen muß. Sie steigen sehr rasch und engen den Handlungsspielraum ein, wenn auf Dauer hohe Defizite in Kauf genommen werden. Für einen regionalen Haushalt sind die Grenzen der Kreditfinanzierung von Ausgaben schnell erreicht. In diesem Zusammenhang sei an die Entwicklung im Saarland, in Bremen, Hamburg und auch Schleswig-Holstein erinnert, wo man im Gefolge der schwachen Wirtschaftsentwicklung mit erheblichen Finanzproblemen zu kämpfen hatte. Hohe Zinslastquoten ließen kaum mehr Raum für eine eigenständige Politik.

Die Chancen, daß sich die Einnahmeposition im Berliner Landeshaushalt auf mittlere Frist nachhaltig verbessert, sind eher skeptisch zu beurteilen. In erster Linie deshalb, weil die Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ degressiv gestaffelt sind und die Steuermehreinnahmen voraussichtlich nicht ausreichen werden, die Mindereinnahmen aus dem Fonds zu kompensieren. Obwohl für Ost-Berlin per Saldo ein steigendes Steueraufkommen erwartet werden kann, wird das Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen noch längere Zeit relativ niedrig bleiben:

- Die Aufkommensentwicklung wird durch die hohe Arbeitslosigkeit gedämpft.
- In der Aufbauphase sind die Gewinnsteuern von untergeordneter Bedeutung, zumal die Investitionszulagen aus dem Aufkommen bezahlt werden müssen.

- Relativ ergiebig sind die Verbrauchsteuern; sie fließen aber überwiegend in die Bundeskasse.

Die Möglichkeiten für den Landeshaushalt, die Steuerbasis zu vergrößern, sind begrenzt. Ein Ansatzpunkt ist der Hebesatz für die Gewerbesteuer; eine stufenweise Anhebung auf westdeutsches Niveau sollte ins Auge gefaßt werden. Allerdings birgt dies die Gefahr, daß manche Unternehmen ihren Standort verlegen und so die Steuerbemessungsgrundlage schmaler wird. Bei einer Verdoppelung des Hebesatzes kann deshalb kaum mit einer Verdoppelung der Gewerbesteuereinnahmen (1989: 600 Mill. DM) gerechnet werden.

Letztlich werden auch Mittel im Westteil der Stadt eingespart werden müssen, damit im Ostteil der Stadt dringende Aufgaben finanziert werden können. Dies wird um so mehr der Fall sein, je stärker der Bund seine Hilfen für Berlin mittelfristig einschränkt. Dennoch sind allein auf diesem Wege die Finanzprobleme Berlins nicht zu lösen, zumal eine Verringerung der Ausgaben im Westteil der Stadt nur schrittweise verwirklicht werden kann und das Umschichtungspotential begrenzt ist. So darf nicht außer acht bleiben, daß auch die West-Berliner Infrastruktur durch die Öffnung der Grenzen sehr viel stärker in Anspruch genommen wird und die Stadt in Zukunft in immer stärkerem Maße auch Kapazitäten für das Umland bereitstellen muß. Eine realistische Betrachtung muß davon ausgehen, daß Anpassungsprozesse Zeit benötigen und nur ein relativ kleiner Teil der Ausgaben — zunächst geht es nur um die Verteilung der Zuwächse — als „Manövrier-masse“ zur Verfügung steht. Umschichtungen sind vor allem dann zu begrüßen, wenn die finanziellen Mittel in produktive Bereiche gelenkt und Investitionsvorhaben finanziert werden.

Der Berliner Haushalt wird noch auf Jahre erhebliche Mittel von außen benötigen — sei es wie bisher als Bundeshilfe, sei es dadurch, daß die Stadt in das System des Länderfinanzausgleichs einbezogen wird. Letzteres macht für Berlin aber nur Sinn, wenn das System des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs völlig neu gestaltet, d. h. sehr viel stärker auf die Belange der ostdeutschen Länder und Gemeinden zugeschnitten würde.

Lebhafte Konsumnachfrage zum Jahresausklang

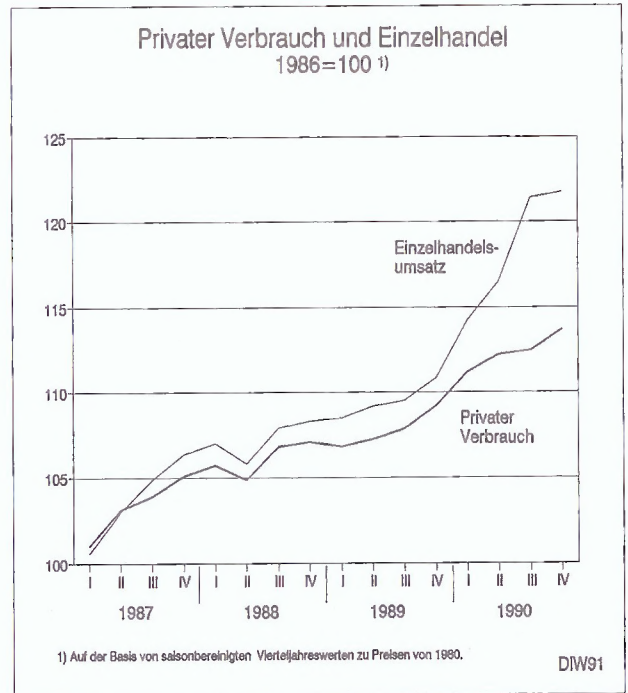
Der private Verbrauch in Westdeutschland im vierten Quartal 1990¹

Nach der etwas verhalteneren Entwicklung im dritten Jahresviertel lief die Konsumnachfrage im Berichtszeitraum wieder auf höheren Touren; die Ausgaben nahmen um mehr als 2 vH zu, und auch real war ein deutlicher Zuwachs zu registrieren (1 vH). Für das Jahr 1990 insgesamt errechnet sich damit ein preisbereinigter Anstieg von rund 4 vH — eine Größenordnung, die zuletzt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erreicht worden war.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den starken konjunkturellen Aufschwung in Westdeutschland, in dessen Verlauf die Beschäftigung boomartig stieg. Die damit verbundene Expansion der verfügbaren Einkommen wurde noch verstärkt durch kräftige Tarifierhebungen und nicht zuletzt durch die zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuerentlastungen. Der von der Einkommensentwicklung gesteckte Rahmen wurde jedoch für Konsumzwecke nicht einmal voll genutzt, wie der Anstieg der Sparquote zeigt.

Bemerkenswert war, daß die beträchtliche Ausweitung der Verbrauchsausgaben im vergangenen Jahr nicht zu einem verstärkten Preisauftrieb führte. Obwohl sich in der zweiten Jahreshälfte leichte Beschleunigungstendenzen abzeichneten — hier spielten die zwischenzeitlich drastischen Preissteigerungen bei Heizöl und Kraftstoffen eine wesentliche Rolle —, blieb der jahresdurchschnittliche Anstieg (2,6 vH) moderat. Gemessen an der außerordentlich kräftigen Nachfrage bei sehr hoher Auslastung der Produktionskapazitäten fiel die Verteuerung der Lebenshaltung unerwartet gering aus.

Das bis zum Herbst 1990 hohe Tempo bei der Zunahme der Einzelhandelsumsätze setzte sich im letzten Jahresviertel nicht fort. Das reale Niveau vom dritten Quartal wurde aber gehalten; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs von 8½ vH. Die reale Umsatzsteigerung für das ganze Jahr — rund 8 vH — übertraf alle Erwartungen. Spürbare Impulse kamen in erster Linie von der Nachfrage der ostdeutschen Konsumenten nach dem Inkrafttreten der Währungsunion zur Jahresmitte; von deren großem Nachholbedarf profitierten die westdeutschen Einzelhandelsgeschäfte in erheblichem Maße. Da diese Käufe in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Westdeutschlands nicht zum privaten Verbrauch zählen, sondern als Ausfuhr gebucht werden, ergibt sich eine stark abweichende Entwicklung zwischen privatem Verbrauch und Einzelhandelsumsatz. Während im allgemeinen ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen besteht — die Umsatzentwicklung beim Einzelhandel ist deshalb der wichtigste kurzfristige Indikator bei den Konsumberechnungen —, ist seit Öffnung der innerdeutschen Grenze, insbesondere aber seit Mitte 1990 ein



deutliches Auseinanderdriften zu beobachten (Schaubild).

Bedarfsbereiche²

Die stürmische Nachfrage der ostdeutschen Verbraucher hat den Konjunkturverlauf in den alten Bundesländern merklich geprägt. Unmittelbar spürte dies der Einzelhandel. Der Umfang dieser Käufe in westdeutschen Geschäften kann allerdings nur grob geschätzt werden. Eine Analyse auf der Ebene der Verwendungszwecke muß sich mit Anhaltspunkten begnügen; eine Trennung zwischen „normaler“ Konsumkonjunktur in Westdeutschland und den Sondereffekten durch die Nachfrage aus den neuen Bundesländern ist im einzelnen nicht möglich.

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — auch die Käufe ostdeutscher Verbraucher enthalten sind (siehe auch Fußnote 5 der Tabelle).

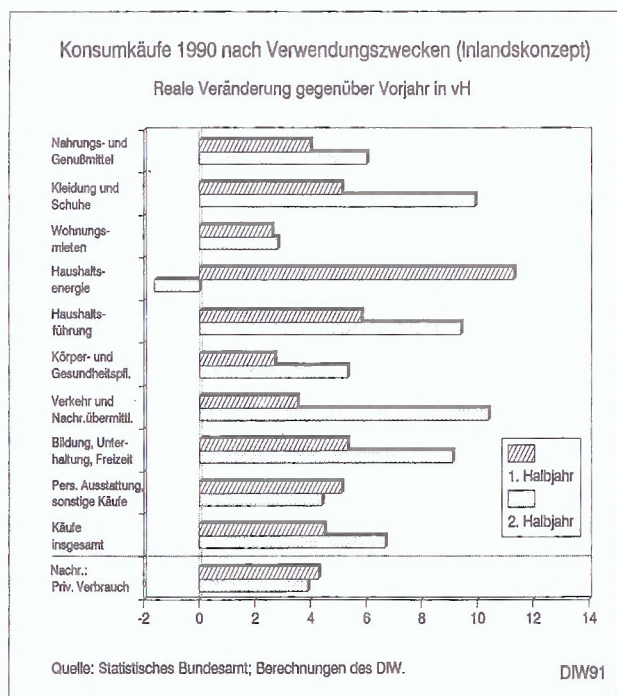
Der private Verbrauch in Westdeutschland

Verwendungszwecke	1990 ⁷⁾	Ursprungswerte 1990					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾ 1990				
		1989 IV	I	II	III	IV ⁷⁾	1989 IV	I	II	III	IV ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	286,29	71,84	65,59	70,28	72,81	77,61	68,3	68,8	70,8	72,7	74,2
Kleidung, Schuhe	110,26	31,82	23,52	25,69	25,73	35,32	25,5	26,3	26,9	28,0	29,0
Wohnungsmieten ²⁾	203,90	48,95	49,98	50,51	51,28	52,13	49,0	49,7	50,6	51,4	52,2
Haushaltsenergie ³⁾	53,23	14,54	14,15	11,86	11,97	15,25	13,3	13,2	13,0	13,1	13,9
Haushaltsführung	124,34	32,57	28,67	29,22	29,84	36,61	28,9	29,7	30,3	31,4	33,0
Gesundheits- und Körperpflege	62,22	15,26	15,14	15,10	15,48	16,50	14,8	15,2	15,3	15,7	16,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	212,36	48,83	49,07	53,76	53,44	56,09	49,4	51,0	50,2	54,5	56,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	129,08	35,60	29,57	28,84	31,21	39,46	30,4	30,8	31,5	32,7	34,3
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	91,16	22,84	21,04	22,72	22,96	24,44	21,9	22,2	22,7	22,8	23,5
Privater Verbrauch ⁵⁾	1293,62	328,05	303,77	317,58	321,26	351,01	309,4	316,0	320,4	325,1	332,5
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	8,1	6,9	7,4	7,1	9,7	8,0	2,8	0,6	2,9	2,7	2,1
Kleidung, Schuhe	9,2	2,6	4,7	7,8	12,5	11,0	1,0	3,4	2,2	4,1	3,5
Wohnungsmieten ²⁾	6,1	5,5	5,6	5,9	6,3	6,5	1,3	1,3	1,7	1,7	1,6
Haushaltsenergie ³⁾	7,1	13,2	12,2	7,7	3,8	4,9	4,8	-0,6	-1,1	0,5	6,0
Haushaltsführung	9,9	4,8	7,9	7,9	10,8	12,4	1,5	2,7	2,0	3,6	5,1
Gesundheits- und Körperpflege	5,7	-0,5	4,5	4,1	6,1	8,1	0,6	2,4	1,0	2,1	2,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9,8	8,4	7,4	2,4	15,2	14,9	4,1	3,2	-1,5	8,4	4,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	9,1	3,8	6,9	7,7	10,6	10,8	2,4	1,2	2,3	3,7	4,9
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,5	8,2	8,4	8,6	6,0	7,0	2,7	1,4	2,0	0,4	3,2
Privater Verbrauch ⁵⁾	6,8	5,1	6,7	6,3	7,1	7,0	2,0	2,2	1,4	1,4	2,3
Mrd. DM zu Preisen von 1980											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	233,06	59,80	53,72	57,02	59,22	63,10	56,5	56,5	57,8	58,9	59,8
Kleidung, Schuhe	87,03	25,35	18,69	20,35	20,33	27,66	20,2	21,0	21,3	22,1	22,6
Wohnungsmieten ²⁾	145,84	35,81	36,22	36,30	36,51	36,81	35,9	36,0	36,3	36,6	36,9
Haushaltsenergie ³⁾	46,09	12,92	12,52	10,49	10,42	12,66	11,6	11,8	11,9	11,3	11,3
Haushaltsführung	98,45	26,13	22,92	23,20	23,61	28,72	23,2	23,8	24,1	24,8	25,8
Gesundheits- und Körperpflege	45,76	11,35	11,22	11,13	11,36	12,05	11,0	11,3	11,3	11,5	11,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	165,10	38,96	38,61	42,57	41,30	42,62	39,2	40,3	39,9	42,1	42,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	107,70	30,07	24,57	24,10	26,13	32,90	25,6	25,8	26,4	27,2	28,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	65,48	16,76	15,14	16,23	16,55	17,56	16,0	16,1	16,3	16,4	16,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	1003,31	261,19	238,10	246,50	247,80	270,91	243,9	248,3	250,6	251,1	253,8
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	5,1	4,0	4,1	4,0	6,5	5,5	1,8	0,1	2,2	1,9	1,6
Kleidung, Schuhe	7,7	1,2	3,5	6,6	11,1	9,1	0,3	3,8	1,8	3,7	1,9
Wohnungsmieten ²⁾	2,7	2,9	2,5	2,7	2,8	2,8	0,7	0,4	0,8	0,8	0,8
Haushaltsenergie ³⁾	4,4	1,6	12,0	10,4	-1,0	-2,0	1,5	1,6	0,9	-5,2	0,0
Haushaltsführung	7,7	2,9	5,9	5,7	8,8	9,9	0,8	2,7	1,4	3,1	3,7
Gesundheits- und Körperpflege	4,0	-4,2	2,9	2,5	4,4	6,2	0,2	2,6	0,4	1,3	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,9	3,7	4,6	2,6	11,4	9,4	3,4	2,9	-0,9	5,5	1,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	7,4	2,2	4,7	6,0	8,7	9,4	1,7	0,9	2,3	3,1	4,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	4,7	5,5	5,1	5,1	4,0	4,8	2,0	0,5	1,0	0,7	2,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,1	1,9	4,2	4,4	4,1	3,7	1,3	1,8	0,9	0,2	1,1
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,8	2,8	3,1	2,9	3,0	2,4	1,0	0,8	0,5	0,7	0,3
Kleidung, Schuhe	1,4	1,3	1,2	1,1	1,2	1,7	0,3	0,2	0,3	0,4	0,8
Wohnungsmieten ²⁾	3,3	2,6	3,0	3,1	3,4	3,6	0,6	1,0	0,9	0,9	0,8
Haushaltsenergie ³⁾	2,6	11,5	0,2	-2,6	4,9	7,0	2,1	-1,8	-1,4	5,9	4,3
Haushaltsführung	2,0	1,8	1,9	2,0	1,8	2,3	0,5	0,3	0,6	0,4	0,9
Gesundheits- und Körperpflege	1,6	3,9	1,5	1,5	1,6	1,8	0,3	-0,1	0,7	0,7	0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,7	4,5	2,6	-0,2	3,4	5,0	0,7	0,4	-0,9	3,0	2,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,7	1,5	2,1	1,7	1,7	1,3	0,4	0,6	0,1	0,6	0,0
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,3	2,6	3,1	3,3	2,0	2,1	0,6	1,2	0,8	-0,4	0,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,6	3,1	2,4	1,9	2,9	3,2	0,6	0,6	0,4	1,2	0,9

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. —

⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d. h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland, zu dem auch die Käufe von ostdeutschen privaten Haushalten gerechnet werden. — ⁶⁾ Auf der Basis 1980 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Vorläufige Berechnung des DIW. — ⁸⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.



Die Schwerpunkte der Nachfrage aus Ostdeutschland liegen aber sicherlich dort, wo in der zweiten Jahreshälfte sprunghafte Veränderungen der Nachfrage zu beobachten waren (Schaubild)³.

An vorderer Stelle stehen dabei die Verwendungszwecke

— Kleidung und Schuhe

Die lebhafteste Nachfrage hielt auch im letzten Jahresviertel an und führte zu einem realen Zuwachs von 2 vH; das hohe Nachfrageniveau dokumentiert der Vorjahresvergleich mit einem Plus von 9 vH.

— Haushaltsführung

Gegenüber der ohnehin guten Entwicklung im dritten Quartal gab es noch eine Steigerung (real +3,7 vH). Besonders gefragt waren elektrotechnische Haushaltsgeräte, Möbel und Heimtextilien mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr.

— Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Trotz der erheblichen realen Expansion im dritten Jahresviertel war die Entwicklung weiter aufwärts gerichtet (1,7 vH; Abstand zum Vorjahr 9½ vH). Geprägt wurde dies durch die außerordentlich rege Nachfrage nach Personenkraftwagen (Neuzulassungen 4½ vH über dem Ergebnis vom Vorquartal).

— Bildung, Unterhaltung, Freizeit

Die Aufwärtsentwicklung gewann in der zweiten Jahreshälfte an Kraft; im Berichtszeitraum ergab sich ein spürbarer realer Anstieg von 4½ vH (Vorjahresvergleich 9½ vH). Trotz des Nachfragebooms blieb das Preisniveau

bemerkenswert stabil; gegenüber dem dritten Jahresviertel gab es keine Veränderung, und der Vorjahresabstand sank auf 1,3 vH. Aus der allgemein guten Entwicklung ragte die Nachfrage nach Gütern der Unterhaltungselektronik heraus, die fast das ganze Jahr über auf hohem Niveau lief; daraus resultierte im Jahresdurchschnitt ein kräftiges reales Absatzplus von rund 17 vH.

— Nahrungs- und Genußmittel

Bei weiterer Ausweitung der Ausgaben im letzten Jahresviertel — 2 vH mehr als im Vorquartal — wurde das Vorjahresniveau deutlich übertroffen (8 vH). Der Preisanstieg schwächte sich insgesamt merklich ab; allein saisonabhängige Nahrungsmittel waren spürbar teurer als im Quartal zuvor (3 vH, Vorjahresabstand 8 vH).

Weniger stark bemerkbar machten sich die Käufe der ostdeutschen Bürger in den Bedarfsbereichen

— Körper- und Gesundheitspflege

Bei etwas unsteter Entwicklung im Jahresverlauf haben sich die Ausgaben nach der starken Zurückhaltung im Jahre 1989 — im Zusammenhang mit der Strukturreform im Gesundheitswesen — wieder auf einem höheren Niveau eingependelt. Mit der Zunahme um gut 2½ vH im Berichtsquartal ergibt sich eine Jahresrate von nicht ganz 6 vH (1989: 1,8 vH). Der Preisanstieg flachte sich nach dem Schub 1989 von 4,5 vH wieder deutlich ab und lag mit 1,6 vH (Jahresdurchschnitt) um einen Prozentpunkt unter der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung.

— persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen

Vor allem die kräftigen Nachfrageimpulse bei Gütern der persönlichen Ausstattung (Uhren, Schmuck, Leder- und Täschnerwaren) im letzten Jahresviertel waren für die expansive Entwicklung des ganzen Bereichs (real +2½ vH) maßgebend. Wegen des hohen Anteils von Dienstleistungen (vor allem von Banken und Versicherungen) dominiert hier die „inländische“ Nachfrage. Im Unterschied zu den meisten anderen Verwendungszwecken war der Ausgabenzuwachs im zweiten Halbjahr deutlich geringer als in der ersten Jahreshälfte (8½ zu 6½ vH im Vorjahresvergleich).

Von der Konsumnachfrage aus den neuen Bundesländern nicht betroffen waren die Verwendungszwecke

— Wohnungsmieten

Das seit Jahresbeginn 1990 etwas höhere Tempo der Mietpreissteigerungen hielt auch im letzten Jahresviertel an und ließ hier den Abstand zum Vorjahr auf 3½ vH anwachsen. Dies schlug sich entsprechend bei den Mietausgaben nieder (+6½ vH im Vorjahresvergleich).

— Haushaltsenergie

Die Verteuerung von Heizöl um ein Viertel gegenüber

³ Während der private Verbrauch in der Abgrenzung des Sozialprodukts in beiden Jahreshälften etwa gleich stark expandierte — real 4,3 bzw. 3,9 vH im Vorjahresvergleich — gibt es beim Inlandskonzept der VGR (= Käufe der privaten Haushalte im Inland) einen deutlichen Unterschied (4,5 bzw. 6,7 vH).

dem Vorjahr im Zusammenhang mit der Golfkrise prägte die Entwicklung im Jahresendquartal. Trotz realer Stagnation der Nachfrage waren die Aufwendungen für Haushaltsenergie insgesamt um 6 vH höher als im dritten Quartal.

Ausblick

Die jüngst beschlossenen Steuererhöhungen werden erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Kaufkraft der Einkommen mindern und die reale Nachfrageexpansion dämpfen. Für die nähere Zukunft ist aber eine geringere Konsumneigung im Hinblick auf die zu erwartenden Mehrbelastungen nicht grundsätzlich auszuschließen. Im ersten Quartal dürfte dieser Faktor allerdings nicht nennenswert zum Tragen kommen; zumindest haben die letzten Verbraucherbefragungen trotz des Krieges am Golf und der Diskussionen um Steuererhöhungen noch keine abnehmende Kaufbereitschaft erkennen lassen. Erste Indikatoren für die aktuelle Entwicklung wie die reale Umsatzsteigerung beim Facheinzelhandel im Januar um 6 vH untermauern dies.

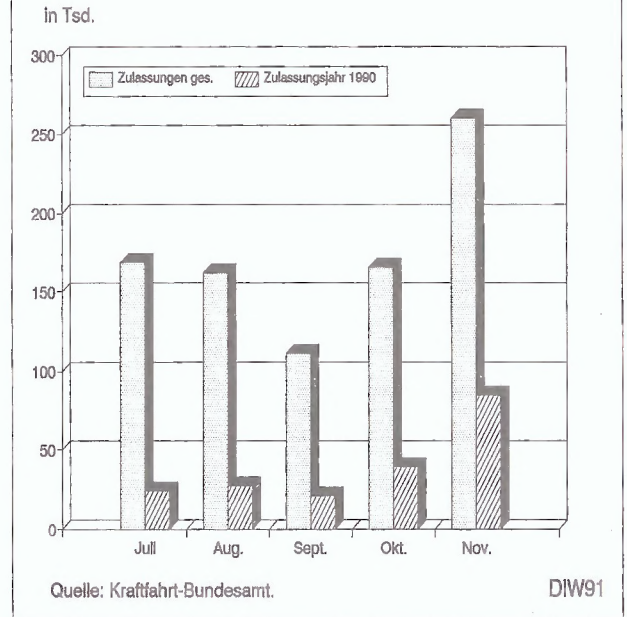
Insgesamt ist im ersten Jahresviertel mit einer weiteren Zunahme des realen Konsums — vielleicht etwas schwächer als im Quartal zuvor — zu rechnen. Das Vorjahresniveau dürfte um 3 vH übertroffen werden.

Ostdeutschland: Konsumstruktur noch vom Nachholbedarf bestimmt

Im Jahresendquartal expandierte der nominale private Verbrauch etwas schwächer als im Vorquartal; im Vergleich zum Vorjahr war er um etwa 3 vH höher⁴. Stärker als im dritten Jahresviertel, als ein großer Teil des Verbrauchs durch den Abbau von Ersparnissen finanziert worden war, wurden die Konsumausgaben aus den laufenden Einkommen bestritten.

Die schlechte Datenlage erschwert eine differenziertere Analyse der Verbrauchsentwicklung. Die wichtigste statistische Information — die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes — steht aufgrund der Umstellung des Berichtskreises in den neuen Bundesländern vorläufig nicht zur Verfügung. Die nach wie vor regen Käufe der ostdeutschen Verbraucher in Westdeutschland — im Berichtszeitraum dürfte mindestens ein Drittel des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern auf diese Käufe entfallen sein — lassen aber einige Schwerpunkte erkennen. Solche Branchen, bei denen die aktuelle Umsatzentwicklung stark vom Trend abwich — dazu rechneten in erster Linie der Einzelhandel mit Textilwaren und Schuhen, mit elektrotechnischen Erzeugnissen (sowohl Haushaltsgeräte als auch Unterhaltungselektronik) sowie mit Fahrzeugen —, dürften die größten Impulse aus Ostdeutschland erhalten haben.

Pkw-Erstzulassungen in Ostdeutschland im zweiten Halbjahr 1990



Einzig bei den Käufen von Personenkraftwagen vermitteln die Zulassungszahlen für Ostdeutschland unmittelbar ein Bild. Die Erstzulassungen sind auch nach dem kräftigen Schub im dritten Quartal nicht zurückgegangen, sondern sogar noch gestiegen, wobei vor allem das hohe Novemberergebnis überraschte⁵. Viele fabrikneue Pkw sind wohl aufgrund langer Lieferfristen erst nach und nach ausgeliefert worden; der ständig gestiegene Anteil der Neuwagen an den Erstzulassungen — im Juli ein Siebtel, im November fast ein Drittel — verdeutlicht dies (Schaubild).

Die Anpassungsschwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft, sichtbar in sinkender Produktion und steigender Arbeitslosigkeit, werden sich in diesem Jahr auch auf den privaten Verbrauch negativ auswirken. Hinzu kommt, daß die Verbraucherpreise zu Jahresbeginn kräftig gestiegen sind; zurückzuführen war dies auf die starke Verteuerung von Haushaltsenergie und Verkehrsleistungen sowie auf die Erhöhung von öffentlichen Gebühren und der Mietnebenkosten. Auch dies wird den finanziellen Spielraum bei den Konsumententscheidungen einengen.

⁴ Vgl. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im vierten Quartal 1990. Erste Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1991, S. 47 ff.

⁵ Allerdings weist das Kraftfahrt-Bundesamt darauf hin, daß die monatlichen Meldungen nicht mit den Zulassungsmonaten übereinstimmen, die Monatsergebnisse also verzerrt sein können.

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1990

Die nominale Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland hat im vierten Quartal 1990 saisonbereinigt stagniert; gegenüber dem Vorjahr ist sie gesunken. Negativ auf die Exporte hat nicht nur die konjunkturelle Abschwächung in den westlichen Ländern und die Strukturkrise in der Sowjetunion gewirkt. Hinzu kommt, daß sich die D-Mark im vergangenen Jahr real aufgewertet hat.

Die Wareneinfuhr hat, begünstigt durch die nach der Ausweitung des Währungsgebiets der D-Mark (1.7.1990) hohe Kaufkraft in den neuen Bundesländern, erneut stark expandiert; sie war im Berichtsquartal um 8,3 vH höher als im Vorjahr. Der Überschuß im Warenverkehr ist gegenüber dem dritten Quartal saisonbereinigt um rund 11 Mrd. DM gesunken; die Dienstleistungsbilanz ist ausgeglichen gewesen. Das traditionelle Defizit in der Übertragungsbilanz hat sich nur wenig erhöht. Der saisonbereinigte Überschuß in der Leistungsbilanz ist erheblich zurückgegangen und beträgt mit 6,2 Mrd. DM nur noch knapp ein Drittel des Saldos vom dritten Quartal. Im gesamten Jahr war ein Leistungsbilanzüberschuß von 73 Mrd. DM (1989: 102,8 Mrd. DM) zu verzeichnen.

Leistungsbilanz Westdeutschlands Überschuß in der Warenbilanz sinkt erneut

Der reale Warenexport Westdeutschlands hat unter Einbeziehung der Lieferungen nach Ostdeutschland im vierten Quartal — von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt¹ — beschleunigt zugenommen (7,7 vH). In der Abgrenzung des Spezialhandels, in der der Warenverkehr mit Ostdeutschland nicht berücksichtigt ist, haben die Exporte im Jahresendquartal gegenüber dem Vorquartal stagniert; im gesamten Jahr 1990 wurde das Vorjahresniveau um 1,5 vH übertroffen. Die Exporte Westdeutschlands stiegen damit wesentlich langsamer als der Welthandel. Namentlich in den USA gingen Marktanteile verloren.

Die reale Wareneinfuhr dagegen explodierte förmlich mit einer Wachstumsrate von 11 vH gegenüber dem

¹ Analysiert werden in diesem Bericht über Westdeutschland saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

	1989				1990				1990			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Mrd. DM (Ursprungswerte)								Veränderung in vH (Vorjahr)			
Ausfuhr	209,2	224,4	214,6	225,7	227,0	219,7	215,1	230,2	8,5	-2,1	0,2	2,0
Waren ¹⁾	165,2	175,9	165,0	175,9	177,6	168,8	161,2	173,1	7,5	-4,0	-2,3	-1,6
Westdeutschland	155,9	165,2	154,3	165,5	168,9	158,7	151,9	163,1	8,3	-3,9	-1,6	-1,5
Ostdeutschland	9,3	10,7	10,7	10,4	8,7	10,1	9,3	10,0	-6,5	-5,6	-13,1	-3,8
Dienstleistungen ²⁾	44,0	48,5	49,6	49,8	49,4	50,9	53,9	57,1	12,3	4,9	8,7	14,7
Westdeutschland	43,2	47,7	48,8	49,0	48,6	50,1	53,1	56,3	12,5	5,0	8,8	14,9
Ostdeutschland	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfuhr	170,9	188,2	183,1	191,2	189,1	189,5	192,1	209,2	10,6	0,7	4,9	9,4
Waren ¹⁾	129,5	141,5	130,7	145,8	140,4	139,3	136,1	157,9	8,4	-1,6	4,1	8,3
Westdeutschland	120,1	130,9	120,1	135,3	132,0	130,9	132,8	154,9	9,9	0,0	10,6	14,5
Ostdeutschland	9,4	10,6	10,6	10,5	8,4	8,4	3,3	3,0	-10,6	-20,8	-68,9	-71,4
Dienstleistungen ²⁾	41,4	46,7	52,4	45,4	48,7	50,2	56,0	51,3	17,6	7,5	6,9	13,0
Westdeutschland	40,3	45,6	51,3	44,3	47,6	49,1	54,3	50,1	18,1	7,7	5,8	13,1
Ostdeutschland	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,7	1,2	0,0	0,0	54,5	9,1
Salden:												
Waren	35,7	34,4	34,3	30,1	37,2	29,5	25,1	15,2				
Erg. zum Warenv. ³⁾	-0,6	-1,0	-0,6	-0,8	-0,5	-0,1	-0,3	0,1				
Dienstleistungen	2,6	1,8	-2,8	4,4	0,7	0,7	-2,1	5,8				
Übertragungen ³⁾	-7,2	-8,2	-9,8	-9,5	-8,6	-10,7	-9,1	-9,8				
Leistungsbilanz	30,5	27,0	21,1	24,2	28,8	19,4	13,6	11,3				
saisonbereinigt ⁴⁾	30,2	27,3	26,9	20,3	27,0	18,9	19,2	6,2				

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik. — ²⁾ Angaben für Westdeutschland nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank; ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten. — ³⁾ Gemäß Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank; bis zum zweiten Quartal 1990 Angaben nur für Westdeutschland. — ⁴⁾ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank; ab drittem Quartal einschließlich Ostdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen des DIW.

Leistungsbilanz Westdeutschlands
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte								Saison- ¹⁾ und arbeitstäglich bereinigte Werte					
	1988	1989	1990	1989	1990				1989	1990				
				IV	I	II	III	IV	IV	I	II	III	IV	
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)														
Ausfuhr	687,9	787,1	869,3	204,4	209,0	206,4	217,3	236,6	201,3	206,8	207,1	221,2	236,3	
Waren	547,4	615,3	661,7	158,3	163,1	159,0	160,5	179,1	155,9	160,1	159,1	165,5	178,8	
Dienste	140,5	171,8	207,6	46,2	45,9	47,4	56,8	57,5	45,4	46,7	48,0	55,7	57,6	
Einfuhr	565,7	643,7	717,2	167,2	168,5	170,6	179,8	198,3	168,4	168,9	169,5	179,6	201,4	
Waren	411,9	474,7	521,4	126,7	123,0	123,5	125,9	149,0	124,8	121,9	122,4	130,7	148,5	
Dienste	153,8	169,0	195,8	40,5	45,5	47,1	53,9	49,3	43,6	47,0	47,1	49,0	53,0	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	122,2	143,5	152,2	37,3	40,5	35,8	37,6	38,3	32,9	37,9	37,6	41,5	34,9	
Waren	135,5	140,6	140,3	31,6	40,0	35,5	34,6	30,1	31,1	38,3	36,7	34,8	30,3	
Dienste	-13,4	2,8	11,9	5,7	0,5	0,3	3,0	8,2	1,8	-0,3	0,9	6,7	4,6	
Übertragungen ²⁾	-36,2	-41,6	-86,6	-10,8	-12,7	-9,8	-27,3	-36,8	-10,8	-12,7	-9,8	-27,3	-36,8	
Leistungsbilanz ³⁾ (Finanzierungssaldo)	86,0	101,9	65,6	26,5	27,8	26,0	10,3	1,5	22,1	25,2	27,8	14,2	-1,9	
Veränderung ⁴⁾ in vH														
	Vorjahr								Vorquartal					
Ausfuhr	7,6	14,4	10,5	10,1	10,6	2,8	12,6	15,7	1,9	2,7	0,1	6,8	6,9	
Waren	8,1	12,4	7,6	7,5	8,9	0,8	7,4	13,2	1,0	2,7	-0,6	4,0	8,0	
Dienste	5,7	22,3	20,8	20,3	17,2	10,2	30,7	24,5	4,9	2,7	2,8	16,0	3,4	
Einfuhr	7,6	13,8	11,4	13,9	12,0	3,3	11,8	18,6	5,1	0,3	0,4	6,0	12,1	
Waren	7,6	15,3	9,9	15,7	9,2	0,9	11,5	17,6	6,4	-2,3	0,4	6,8	13,6	
Dienste	7,5	9,9	15,8	8,7	20,4	10,0	12,6	21,6	1,6	7,8	0,2	3,9	8,2	
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)														
Ausfuhr	582,3	649,2	711,8	167,8	173,4	168,9	177,1	192,5	165,6	170,5	169,6	180,9	192,6	
Waren	466,3	511,5	549,8	131,2	136,7	131,9	132,9	148,3	129,5	133,5	132,1	137,6	148,2	
Dienste	116,0	137,6	162,1	36,5	36,6	37,0	44,2	44,2	36,1	37,0	37,6	43,4	44,4	
Einfuhr	530,1	576,5	647,4	151,3	152,9	153,6	162,1	178,8	151,3	152,3	153,7	163,1	180,6	
Waren	406,9	445,8	499,2	120,1	117,5	118,0	122,2	141,5	117,7	116,1	118,1	126,5	140,4	
Dienste	123,2	130,8	148,2	31,2	35,4	35,6	39,9	37,3	33,6	36,1	35,6	36,6	40,2	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	52,2	72,6	64,5	16,5	20,5	15,3	15,0	13,7	14,3	18,2	15,9	17,9	12,0	
Waren	59,4	65,7	50,6	11,2	19,2	13,9	10,7	6,8	11,8	17,3	14,0	11,1	7,8	
Dienste	-7,2	6,9	13,9	5,4	1,3	1,5	4,3	6,9	2,5	0,9	1,9	6,8	4,2	
Veränderung ⁴⁾ in vH														
	Vorjahr								Vorquartal					
Ausfuhr	5,7	11,5	9,7	8,2	9,7	2,3	11,9	14,7	1,8	3,0	-0,5	6,7	6,5	
Waren	6,2	9,7	7,5	6,0	8,5	0,8	7,7	13,0	1,1	3,1	-1,1	4,2	7,7	
Dienste	3,7	18,6	17,8	17,1	14,7	7,7	27,1	21,1	4,2	2,4	1,6	15,4	2,4	
Einfuhr	6,0	8,8	12,3	10,9	11,8	5,4	13,5	18,2	5,3	0,6	0,9	6,1	10,7	
Waren	6,3	9,6	12,0	12,4	10,1	4,7	15,0	17,8	6,3	-1,3	1,7	7,1	11,0	
Dienste	5,1	6,2	13,3	5,6	18,0	7,7	9,2	19,7	2,0	7,4	-1,4	2,7	9,8	
Nachrichtlich:														
Terms of Trade ⁵⁾	110,7	108,6	110,2	110,3	109,4	110,0	110,7	110,9	109,1	109,4	110,7	111,1	109,7	
Veränderung in vH	0,3	-1,9	1,5	-0,9	0,7	2,6	2,2	0,6	0,0	0,3	1,2	0,4	-1,3	

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. — ³⁾ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴⁾ Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. — ⁵⁾ Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1980 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.
Abweichungen in den Differenzen und Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt.

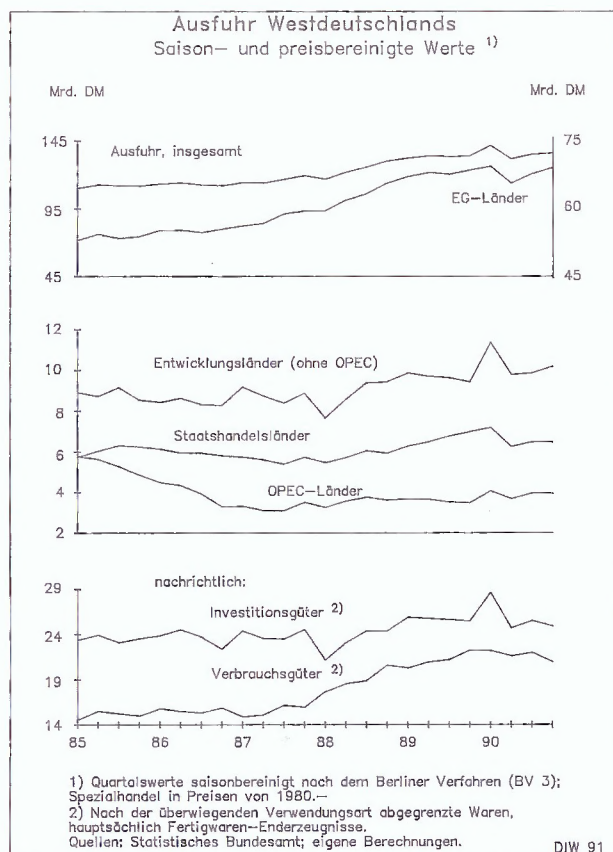
dritten Quartal. Ausschlaggebend dafür war die Nachfrage aus den neuen Bundesländern. In der Einfuhr sind viele Waren enthalten, die letztlich für Ostdeutschland bestimmt sind; das zeigt besonders deutlich die dynamische Entwicklung der Einfuhr von Ernährungsgütern seit Öffnung der innerdeutschen Grenzen im November 1989².

Der reale Überschuß im Warenverkehr ist im vierten Quartal um 3,3 Mrd. DM geringer gewesen als im Vorquartal. Aufgrund der merklichen Verschlechterung der Terms of Trade ist der Rückgang in nominaler Rechnung noch höher ausgefallen (4,5 Mrd. DM). In der Dienstleistungsbilanz dürften hauptsächlich die Einnahmen aus Ostdeutschland im Reiseverkehr sowie die bei hohen Zinsen gestiegenen Kapitalerträge zu dem beträchtlichen Überschuß von 4,6 Mrd. DM beigetragen haben; gegenüber dem Vorquartal ist dieser allerdings um rund zwei Milliarden geringer gewesen. In der Übertragungsbilanz haben die unentgeltlichen Leistungen an die ostdeutschen Länder in der Größenordnung von 25 Mrd. DM zu einem Defizit von rund 37 Mrd. DM beigetragen. Die Leistungsbilanz, in der diese drei Bilanzen zusammengefaßt sind, zeigt im vierten Quartal ein Defizit von rund 1,9 Mrd. DM. Im Jahr 1990 ist der Überschuß in der Leistungsbilanz mit 65,6 Mrd. DM um reichlich 36 Mrd. DM niedriger gewesen als im Vorjahr.

Rückgang der Exporte in wichtigen Branchen³

Nur in wenigen Branchen ist das Volumen der Exporte im Jahresendquartal noch ausgeweitet worden; dazu zählen vor allem die chemische Industrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Branche mit dem höchsten Exportergebnis war die chemische Industrie. Im Straßenfahrzeugbau und im Maschinenbau sind die Lieferungen ins Ausland im Berichtsquartal gesunken. Beide Branchen profitieren jedoch von der Inlandsnachfrage; die Einbußen im Exportgeschäft wurden zu einem großen Teil durch zusätzliche Nachfrage aus Ostdeutschland wettgemacht. Der Rückgang der Exporte von Investitionsgütern war im Berichtsquartal geringer als der von Verbrauchsgütern. Dazu hat beigetragen, daß die Exporte von elektrotechnischen Investitionsgütern und von ADV-Anlagen nach dem Rückgang in den vorangegangenen sechs Monaten nunmehr expandierten. Auch EBM-Waren konnten wieder vermehrt exportiert werden. Dagegen sind die Ausfuhren von elektrotechnischen Gebrauchsgütern merklich gesunken. Insgesamt lagen die Exporte von Verbrauchsgütern im vierten Quartal mit knapp 7 vH wesentlich tiefer unter dem Vorjahrsniveau als die von Investitionsgütern (3 vH).

Im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz war bei der Ausfuhr von Eisen und Stahl erneut ein leichter Anstieg zu beobachten. Nach dem länger als ein Jahr währenden Exportrückgang gelingt es dieser Branche allmählich, aus der Talsohle herauszukommen. Ob die Exportent-



wicklung im Grundstoffbereich ein erstes Anzeichen für eine Erholung der Weltkonjunktur ist, läßt sich derzeit noch nicht beurteilen.

Ausfuhr in die EG-Länder leicht gestiegen

Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den EG-Ländern hat sich sichtbar in der deutschen Ausfuhr dorthin niedergeschlagen. In die Länder mit rezessiver Wirtschaftsentwicklung, namentlich nach Großbritannien, sind die Exporte erheblich gesunken. Die Lieferungen nach Italien sind unter dem Einfluß zunehmender konjunktureller Schwäche dort ebenfalls rückläufig gewesen.

² Die reale Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft hatte in der Grundtendenz von Beginn des Jahres 1988 bis zum Herbst 1989 stagniert. Danach sind die Importe bis zur Jahresmitte 1990 leicht gestiegen, im zweiten Halbjahr 1990 hat sich das Tempo erheblich beschleunigt; die Importe lagen im Jahresendquartal um knapp 20 vH über dem Vorjahrsstand. — Eine exakte Zurechnung der Importe Westdeutschlands, die für Ostdeutschland bestimmt sind, ist nach den vorliegenden statistischen Daten nicht möglich.

³ Die Exporte nach Warengruppen (Branchen), die für Ostdeutschland bestimmt sind, werden vom Statistischen Bundesamt nur im innerdeutschen Wirtschaftsverkehr nachgewiesen.

In Spanien hat das gedämpfte Wirtschaftswachstums den Export stagnieren lassen. Dagegen haben die Lieferungen nach Frankreich, Belgien-Luxemburg sowie Portugal kräftig zugenommen.

Umgekehrt hat die gute Binnenkonjunktur in Westdeutschland die Einfuhr aus den übrigen europäischen Ländern begünstigt. Nach der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Teile Deutschlands haben die Importe aus den EG-Ländern im Vergleich mit den meisten anderen Ländern kräftig zugenommen. Wachstumsimpulse — wenn auch etwas schwächer — hat die Entwicklung in Deutschland auch für die EFTA-Länder Österreich, Schweiz und Schweden gebracht.

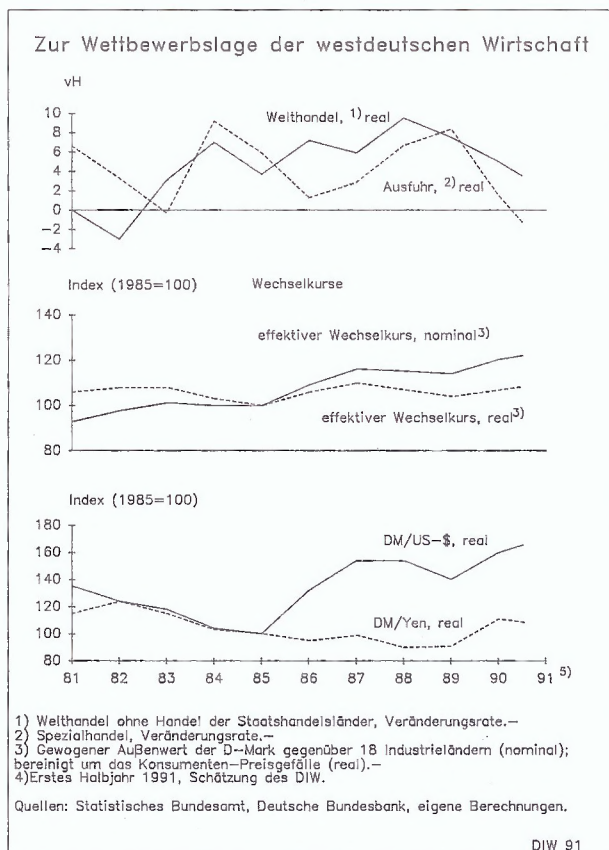
Im Handel mit den USA hat neben dem schwachen Wirtschaftswachstum in diesem Land die kräftige Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar den Export gebremst. Die Lieferungen sind im Berichtsquartal gegenüber dem Vorquartal um 16 vH zurückgegangen. Dabei sind die Lieferungen des Straßenfahrzeugbaus, die ein Drittel der Exporte ausmachen, noch stärker gesunken. Die Ausfuhren nach Japan sind dagegen nach dem Rückgang in den vorangegangenen beiden Quartalen deutlich gestiegen.

Die Lieferungen in die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) haben preisbereinigt leicht beschleunigt zugenommen, insbesondere in die ostasiatischen Länder Südkorea, Indonesien, Malaysia, Thailand und Singapur wurden die Ausfuhren erhöht. Die Exporte in die OPEC-Länder sowie die Staatshandelsländer haben im Berichtsquartal stagniert. Dabei ist die Ausfuhr in die Sowjetunion aufgrund der prekären Devisensituation stark gesunken (gegenüber dem Vorquartal um 26,5 vH). Ein Gegengewicht zu dieser Entwicklung bildete die Ausweitung der Exporte nach Polen, Ungarn, Rumänien und in die CSFR.

Anhaltende Dynamik der Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen

Der aufgestaute Bedarf an langlebigen Gebrauchsgütern sowie der Modernisierungsbedarf bei technischen Anlagen hat die Nachfrage aus Ostdeutschland weiter kräftig steigen lassen. Die Lieferfähigkeit hatte bei vielen Gütern in Westdeutschland bereits in den ersten Monaten nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erheblich nachgelassen. Nur durch den Rückgriff auf sofort verfügbare Waren im Ausland konnte dem Nachfragesog aus Ostdeutschland entsprochen werden. Die vermehrten Einfuhren Westdeutschlands waren zum größten Teil Durchfuhren.

Beschleunigt zugenommen haben die preisbereinigten Einfuhren von Verbrauchsgütern, sie lagen im Berichtsquartal um ein Drittel über dem Vorjahr. Kräftig gestiegen sind insbesondere die Bezüge von Personenkraftwagen, elektrotechnischen Gebrauchsgütern, Möbeln und Be-



kleidung. Dagegen hat sich das Tempo der Bezüge von Investitionsgütern deutlich verlangsamt. Hauptsächlich bei elektrotechnischen Investitionsgütern hat sich die Wachstumsrate verringert. Beschleunigt zugenommen haben die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen sowie Lastkraftwagen; in der letztgenannten Gütergruppe hat sich das Importvolumen im Vorjahresvergleich verdoppelt. Hier haben sich die langen Lieferfristen westdeutscher Produzenten von Kleinlastwagen zugunsten des Auslands ausgewirkt.

Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse) ist nach dem Rückgang im Sommer 1990 zum Jahresende — im Einklang mit der wachsenden Produktion im verarbeitenden Gewerbe — deutlich gestiegen; dabei sind vor allem Fertigwaren-Vorzeugnisse vermehrt importiert worden. Auch bei diesen Produkten dürfte ein beträchtlicher Teil Durchfuhr nach Ostdeutschland gewesen sein. Die Einfuhr von Energieträgern hat bei dem hohen Preisniveau für Erdöl auf dem Weltmarkt und einer auf Preisrückgang gerichteten Erwartung im Jahresendquartal gegenüber dem Vorquartal stagniert.

⁴ Im Wochenbericht Nr. 9/91 vom 28. 2. 1991 ist dieser Aufwertungssatz von 20 vH irrtümlich als reale Aufwertung für das Jahr 1991 genannt worden (vgl. S. 89). Auch in der entsprechenden Grafik auf dieser Seite ist der Fehler zu korrigieren.

Ausblick für Westdeutschland auf das erste Halbjahr 1991

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe ist im Dezember 1990/Januar 1991 gegenüber den vorangegangenen zwei Monaten erneut deutlich gesunken. Insbesondere bei den Herstellern von Investitionsgütern, hauptsächlich im Maschinenbau (Textilmaschinen, Maschinen für den Baubereich) sowie im Straßenfahrzeugbau (Lastkraftwagen), sind die Bestellungen aus dem Ausland zurückgegangen. Zur Schwäche der Auslandsnachfrage hat nicht nur die rezessive Wirtschaftsentwicklung in einigen Industrieländern, sondern auch die reale Aufwertung der D-Mark beigetragen. Insbesondere die reale Aufwertung gegenüber dem US-Dollar und dem Yen, die im Jahresendquartal 1990 gegenüber dem Durchschnitt im Jahr 1989 20 vH⁴ bzw. 17 vH betrug, wird den Wettbewerb auf Drittmärkten verschärfen (vgl. Abbildung).

Der Anteil der deutschen Exporteure am nominalen Exportwachstum von zwölf wichtigen Industrieländern hatte sich schon 1988 und 1989 deutlich verringert, 1990 dürfte sich diese Tendenz fortgesetzt haben. Im Handel mit den EG-Ländern und den OPEC-Ländern waren zwar kaum Anteile verlorengegangen, deutliche Einbußen sind dagegen beim Handel mit den Entwicklungsländern zu erkennen. Bei zunehmendem Angebotsdruck auf dem Weltmarkt wird der Preis der Produkte zum wichtigsten Bestimmungsfaktor der Nachfrage; es ist damit zu rechnen, daß die deutschen Exporteure auch in den Industrieländern Marktanteile verlieren. Die Warenausfuhr dürfte im ersten Halbjahr 1991 das gegen Jahresende 1990 erreichte niedrige Niveau sogar noch etwas unterschreiten.

Bei der realen Wareneinfuhr ist dagegen mit einer weiteren kräftigen Erhöhung zu rechnen. Die Wechselkursbedingte Verbilligung vieler Produkte, die sinkenden Preise für Rohstoffe auf dem Weltmarkt sowie vor allem der weiterhin starke konjunkturelle Schwung in Westdeutschland werden dazu führen, daß die Bezüge aus dem Ausland weiterhin zügig ausgeweitet werden. Bei kräftig sinkenden Preisen für Erdöl hatte sich die Relation zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms of Trade) bereits zur Jahreswende 1990/91 deutlich verbessert; diese Tendenz dürfte sich noch verstärken. Die nominale Einfuhr wird trotz der Verbilligung vieler Waren stärker als die Ausfuhr steigen, und die Warenbilanz wird — wie bereits im Dezember 1990 — ausgeglichen sein. Die Dienstleistungs- und die Übertragungsbilanz wird durch die schwer zu schätzenden Transfers in die neuen Bundesländer be-

stimmt, dies zeigte bereits die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1990. Die Leistungsbilanz Westdeutschlands dürfte im ersten Halbjahr 1991 ein Defizit aufweisen.

Zunehmende Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft

Die Ausweitung des Währungsgebiets der D-Mark am 1.7.1990 auf Ostdeutschland hat für die meisten Unternehmen dort zunächst unlösbare Wettbewerbs- und Absatzprobleme gebracht. Der Außenhandel Ostdeutschlands, für den separate Daten veröffentlicht werden, zeigt trotz kräftiger Einbußen ein „geschöntes“ Bild, denn viele Lieferungen in den RGW-Raum wurden noch bis zum Jahresende auf Basis des „Transfer-Rubels“ abgewickelt, dessen neuer Kurs zu einem Rückgang der Erlöse in D-Mark führte und massive Subventionierungen dieser Lieferungen erforderlich machte. Der Export in die RGW-Länder ist im Jahresendquartal nochmals gesteigert worden und im gesamten Jahr 1990 sogar etwas höher gewesen als im Vorjahr. Von der gesamten Ausfuhr Ostdeutschlands sind 1990 80 vH mit den Staatshandelsländern abgewickelt worden und nur 13 vH mit den westlichen Industrieländern (darunter EG-Länder rund 8 vH). Allein diese Struktur offenbart, daß hier ein gewaltiger Anpassungsbedarf besteht, denn ausländische Nachfrage ist, wie die westdeutsche Ausfuhrstruktur zeigt, nur bei einer wesentlichen Veränderung der regionalen Exportstruktur zu erwarten. Bei den Exportausweitungen in die Niederlande, nach Italien und in die OPEC-Länder handelte es sich zumeist um den Verkauf gebrauchter Anlagegüter.

Die Einfuhren Ostdeutschlands aus Drittländern sind auf breiter Basis kräftig gesunken. Die RGW-Länder, aus denen 1989 noch rund zwei Drittel importiert wurden, sind dabei in gleichem Maße betroffen gewesen wie die Importe aus den meisten anderen Ländern. Im Berichtsquartal sind lediglich die Bezüge aus den USA gestiegen, diese haben allerdings nur einen Anteil von 0,8 vH an den gesamten Importen. Überwiegend wird seit dem 1.7.1990 aus Westdeutschland importiert. Dabei zeigen die Einfuhren, die im innerdeutschen Wirtschaftsverkehr nachgewiesen werden, nur einen geringen Teil dieses Güterstroms. Die Struktur dieser Einfuhr, reichlich ein Drittel sind Nahrungs- und Genußmittel sowie Gebrauchsgüter und kaum mehr als ein Drittel Investitionsgüter, deutet in keiner Weise auf den zügigen Aufbau einer wettbewerbsfähigen Industrie hin.

Hinweis: Nur für das zweite Halbjahr 1989 bzw. 1990 wurden in der amtlichen Statistik Monatswerte veröffentlicht.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 59. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrerberarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.

Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schlomann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1990. 116 S. DM 74,—

Gedenkfeier für Ulrich von Hassel am 6. November 1989 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Einführung von *Professor Dr. Lutz Hoffmann*.

Ulrich von Hassel — Ein Mann des Widerstands. Vortrag von *Professor Dr. Gregor Schöllgen*.

Staatliche Aufgaben im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel — Erfahrungen und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Unternehmensfinanzierung im Strukturwandel. Von *Heiner Flassbeck* und *Horst Tömann*.

Gesamtwirtschaftliche Effekte von Wechselkursänderungen — Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära. Von *Doris Cornelsen*.

Die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung in der Sowjetunion. Von *Ulrich Weißenburger*.

Beschäftigungswirkungen der Entwicklungshilfe im Geberland: Eine vergleichende Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Von *Dieter Schumacher*, *Mohammed H. Malek* und *Ronald S. May*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 2-3/1990. 154 S. DM 89,60

Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen. Von der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“.

Die DDR-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels — Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. Von *Jürgen Schupp* und *Gert Wagner*.

Sektorale Effekte von Wechselkursänderungen — Eine Analyse anhand eines disaggregierten ökonometrischen Modells. Von *Gustav A. Horn*.

Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Erika Schulz*.

Neue Technologien und regionale Beschäftigungsstrukturen. Von *Martin Gornig*.

Input-Output-Relationen für Nordrhein-Westfalen als Grundlage eines Strukturvergleichs mit der Bundesrepublik. Von *Rainer Stäglin* unter Mitarbeit von *Ingrid Ludwig* und *Joachim Schintke*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensänderungen.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Finanzpolitische Perspektiven Berlins. Bearbeitet von Dieter Vesper.

Lebhafte Konsumnachfrage zum Jahresausklang — Der private Verbrauch in Westdeutschland im vierten Quartal 1990.

Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1990.

Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten